

Volke-Zeitung

Sün- und Unstägler Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gepaltene 34 mm breite Millimeter weite oder deren Raum 60 Pf., 30 mm weite 40 Pf., Restlinien die 20 mm breite Millimeterweite 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstelle in a. hantische Anzeigengasse, Erlangenstr. 11, 1. Stockwerk, 1. mal. Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, St. Dreuhausstr. 17, Neben-Geschäftsstelle: Große Marktstraße 52 und Markt 24, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4509.

Dryguspreis:
Der Kalle monatlich bei postmaler Zahlung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, durch die Post monatlich 8,25 Mark, wie folgt: 24,75 Mark, einjährig 78,00 Mark. Die Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Die Postämter sind am 1. mal, Zeitungsverzeichnis unter Scale-Zeitung eingetroffen. Sie verlangen eingegangene Manuskripte mit keine Gewähr übernehmen. Rücksende nur mit der Erlaubnisgabe. Scale-Zeitung gesendet. Ferner der Schiffszeitung Nr. 1140, der Anzeigen-Zeitung Nr. 1103 u. 1133 der Zeitsung-Nr. 1103.

Nr. 62.

Halle, Montag, den 7. Februar 1921.

Einzelpreis 30 Pfa.

Die große Rechnung

Am 20. Februar wird großer Tagtag sein!

Unsere Leser wissen, daß für die Demokratische Partei die Wahl ausgefallen war, im Wahlsampfe ungenügende Schärfe zu vermelden, um gegenüber dem in Paris erzielten Erfolg ein Ausmaß gewonnenen Wertschätzungen ein getreues Bild hinter die Regierung zu bringen, die in wenigen Tagen in London den schmerzlichen Kampf um Deutschlands Erlösung ausgedehnt hat. Die Halleischen Führer der Deutschnationalen schlugen aber in ihrer Propaganda einen derartig geschäftigen Ton an und schrieben der demagogischen Lüge so wenig zurück, daß wir gewarnt sind, mit denen einmal Kontakt zu haben, die aus den politischen Kinderjahren, wie es scheint, noch nicht herausgewachsen sind oder aber aus Übermut oder in einer Art politischen Wahnsinns die Wählermassen verführen, um den Bürgerkrieg herbeizuführen.

Auch im Wahlsinn kann Methode liegen. Das haben wir an dem Verhalten der Franzosen auf der Pariser Konferenz gesehen. Die Wähler des Konservativismus sind die mitleidigsten Gewalttäter, die über das Vorkriegsleben der ganzen Welt hergehen, als der Besitztum den Sieg über den Wächter und den Ergebe der überlebenden „Sieger“ einräumen. Gegen diesen Nachschuß beginnt sich die Welt bereits aufzuheben.

Derleihe Maßstab hat auch in unserem deutschen Vaterland bestimmte Überdichten befristet und befristet ist heute noch, nachdem aber obwohl der Ausgang des Krieges das Ansehen der Gewalt und die Unmöglichkeit schlagend bewiesen hat. Die dem Wahlsinn einzig und allein verdankt wir den fürstlichen Zusammenbruch, den sie jetzt erlebt hat. Wir sind die Partei, die hat unsere politischen Gegner im Vaterland bisher nach Möglichkeit gejagt, wenn auch die Forderungen für uns außerordentlich wichtiges und wertvolles Kampfmittel geliefert haben. Wir wollen gerecht unserer Verantwortung der Ausgleich der Klassenverhältnisse, die Verführung, die Sammlung. Nur aber, da wir Demokraten von den Führern der Hallischen Deutschnationalen befristet werden, die Verführung unserer einst so stolzen Vaterlandes herbeigeführt zu haben, gibt es für uns keine Möglichkeit mehr.

Der Deutschnationalen Wahlschlag, der am letzten Sonntag in der Halleischen Zeitung und in den Halleischen Nachrichten veröffentlicht worden ist, ist in seinen Angriffen gegen die Demokraten bereit gemut und verlogen, daß wir keine Verantwortung haben, auch nur die geringste Erklärung zu über.

Es ist eine bewusste Lüge, daß wir Demokraten ganz einseitig nach links gerichtete Politik treiben. Wir sind die schärfsten Gegner der sozialistisch-kommunistischen Ziele und alle Verfechter der Individualismusfreiheit. Wir bilden die wertvolle Partei der Mitte, die keiner Interessengruppe dient, sondern einzig und allein dem absoluten Mehrheits- und Selbstbestimmungs Willen des freien, ungebundenen Volkes Geltung verschaffen will. Wir jagen weder nach rechts, noch nach links, sondern gehen zielbewußt geradeaus und aufwärts!

Es ist eine bewusste Lüge, daß wir Demokraten das Zeichen deutscher Größe, die schwarz-weiß-rote Fahne, verächtlich in den Staub treten. Die überwiegende Mehrheit der demokratischen Fraktion hat in der Nationalversammlung für die Beibehaltung der alten Reichsfarben gestimmt. Und diejenigen, die für schwarz-weiß-rot eintraten, taten es nicht auf Veranlassung der alten Farben, sondern mit Rücksicht auf Deutschland, mit dem wir ein neues Großdeutschland bilden wollten.

Es ist eine bewusste Lüge, daß wir Demokraten im März vorigen Jahres zum Generalstreik aufgerufen, um nicht das Vaterland, sondern die Demokratie zu retten. Diese Behauptung gerät neben ihrer Gefährlichkeit so außerordentlich herbeiführend, daß sie sich eigentlich von selbst richtet. Demokratie ist Volkswille. Ein Volkswille kann niemals gegen das Vaterland gerichtet sein, denn Volk und Vaterland sind eins, untrennbar von einander. Bei den monarchischen oder Obrigkeitsstaatsystem ist wohl eine Unterdrückung des Volkswillens durch die Obrigkeit denkbar, nicht aber in einem freien, demokratischen Volkswille, wo der Mehrheitswille über das Wohl des Vaterlandes entscheidet.

Es ist eine bewusste Lüge, daß wir Demokraten den Sozialdemokraten nachzulaufen und verführen möchten, die gar nicht verführt sein wollen, sondern den staats-erhaltenden Elementen der Untergrundbewegung haben, die staats-erhaltenden Elemente sind das gesamte deutsche Volk mit allerer Ausnahme derjenigen Kreise, die sich außerhalb der von Volkswille beschaffenen Wege stellen. Zu den letzteren gehören Monarchisten und Kommunisten.

Es ist lächerlich, was die Deutschnationalen Auftrage von der Entfernung zuverlässiger Beamter, von dem Sturz bürgerlicher Regierungen durch die Demokraten und von deren Abweisung eines bürgerlichen Ordnungsbüros zur Provinz alltags- und freitagsmäßig sein. Nicht die Demokraten tragen den Keim der Verführung in unser öffentliches Leben, sondern in erster Linie die sogenannten Deutschnationalen, die

die von der Mehrheit des deutschen Volkes beschlossene Weimarer Verfassung nicht anerkennen und zielbewußt auf den Sturz dieser Verfassung hinarbeiten. Sie beschaffen diese Verfassung als vorübergehende Übergang und als staats-erhaltend und bürgerlich nur denjenigen, der heute noch auf die Verfassung der im Kriege zusammengebrochenen konstitutionellen Monarchie schwört.

Indem sie aber die Weimarer Verfassung und auch die preussische Verfassung ausdrücklich ablehnen, stellen sie sich außerhalb dieser Verfassung, werden Störer der Verfassung und gehen sich als Feinde des Volkswillens zu erkennen genau so wie es die Kommunisten mit ihrem Rätegedanken auch sind.

Das Volk, die Nation hat sich, nachdem der Dringlichkeit in sich selbst zusammengedacht, eine neue Staatsform, die des freien Volkswillens als gegeben. Das deutsche Volk hat von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch gemacht, ohne durch eine Obrigkeit in seiner Freiheit beschränkt zu werden. Es war das deutsche Volk, das so gebietet hat, nachdem es von den ehemaligen Wächtern in der Stunde höchster Gefahr sich innerlich im Stille gelassen worden war. Die Führer hatten sich mit verhängenden Ausnahmeverordnungen den Versuch des Volkswillens selbst zu verhindern, weil sie um ihren Kopf fürchteten. Das Volk hat ihnen nichts getan; sie waren ihm wohl in ihrer schlotternden Freiheit zu erbärmlich.

Und heute magen es diese feigen Führer, die überlegende Mehrheit des Volkes zu beschimpfen, magen es, das souveräne Volk als — die Straße zu beschimpfen, es zu verhöhnen und von einer ungeheuren Schuld der Demokraten zu sprechen, mit denen am 20. Februar abgerechnet werden muß.

Wohlgemerkt: die Deutschnationalen bekämpfen nicht etwa das kommunistische Räuberregime, nein die Demokratie, bekämpfen den Hauptträger des deutschen Volkswillens, den sich die deutsche Volkswelt als freier Willensentscheidung ohne jeden Terror oder beherrschender Druck ausgesprochen hat. Es ist eine Unverschämtheit, wenn Kreise, die diesen Volkswillen, der durch den Mehrheitswillen der deutschen Nation geschaffen ist, bekämpfen, sich als Deutschnationalen bezeichnen. Sie mögen sich Monarchisten nennen, dann geben sie wenigstens der Wahrheit die Ehre.

Deutsch und national fühlen nur diejenigen, welche das Volk als den Träger des Staates anerkennen. Selten Einzelwillen hat das deutsche Volk durch das Verfassungswort einmütigen und gesetzlich bindenden Ausdruck gegeben. Wer sich außerhalb dieses einheitlichen Volkswillens stellt, ist ein Feind der deutschen Nation, des deutschen Volkes.

Und wer in den Tagen, wo das deutsche Volk mit seinen Gegnern in Paris und London immer um seine Existenz zu ringen hat, die Volkswelt verhöhnt, der ist es, der den Keim der Verführung in das öffentliche Leben hineinträgt und hat kein Recht, sich als deutsch und national zu bezeichnen.

Die Demokratie ist keine Partei im üblichen parteipolitischen Sinne. Hinter ihr stehen keine besonderen und abgegrenzten Interessengruppen; sie ist und will nur ein Volkswillensgemeinschaft, die dem absoluten Mehrheitswillen des souveränen Volkes Recht und Achtung verschaffen will. Sie hat kein Parteiprogramm, das viel verspricht und keine Garantien gibt. Ihre Grundzüge sind verankert in der Weimarer Verfassung des freien deutschen Volkswillens.

Wer die Demokratie bekämpft, bekämpft sich als Feind des neuen Deutschen Reiches und des neuen Volkswillens Preußen.

Die Halleischen Führer der Deutschnationalen bekämpfen also mit ihren Angriffen nicht die Demokraten als Partei, sie bekämpfen die Volkswelt des deutschen Volkes, das seinen Willen geachtet wissen und seine Zukunft als freies Volk selbst bestimmen will.

Wähler und Wählerinnen!

Denk daran, wenn ihr die Wahlschlag seiner Verfassungsgegner lest.

Denk daran und beweist ihnen, daß ihr nicht gewillt seid, euch wieder von Elementen bedrücken zu lassen, die wohl um die Stimmen der Wähler bei den Wahlen haben, aber den Mehrheitswillen des freien Volkes verachten, nachdem sie von ihm in den Sturz gehoben worden sind.

Stellt euch am 20. Februar vor Euer Verfassungswort, vor euren freien Volkswillens. Klärt Euer Mitbürger auf über die Gefahren, die dem freien Volkswillens drohen.

Wählt demokratisch!

Deutschland muß zahlen!

Wie die Agence Havas aus London meldet, sagte Lloyd George in einer zweiten Rede in Birmingham, die der in der Politik Englands gewohnt war, der englische Handel schied sich ungenügend in einem Zustand des Niederganges, aber Wohlstand würde die Jahre überleben, wie es die Zeit der napoleonischen Kriege überstanden habe. England habe es mit unermesslichen Schwierigkeiten zu tun, wie sie immer auf einen großen Krieg folgten. Ein Regierungswechsel würde die Lage nicht ändern. Man könne die erschöpften Kräfte Europas nicht mit den verbrauchten Mitteln der alten liberalen Partei wiedergewinnen. Der Niedergang des Handels habe sich mit erschreckender Wühligkeit gezeigt. Alle Völker der Welt hätten darunter. Man könne nicht mehr auf den Wechselkurs zählen,

der fortgesetzten Schwankungen unterworfen sei und stabilisiert werden müsse.

Lloyd George erklärte ferner, er glaube, Deutschland mache keine Unterlegungen, um zu einer derartigen Stabilisierung zu gelangen. Deutschland sei eine starke und mächtige Nation. Es müsse bezahlen. Wenn seine Mark nur einen Penny wert sei, dann müßte man sie für einen Penny berechnen. Wenn er demnach die Reichsminister Simon und Bonden sehen werde, werde er ihm lehren, daß Deutschland keine wirklichen Unterlegungen mache, um zu bezahlen. England habe schlimmere Stunden erlebt, und es sei ihrer Gerechtigkeit geworden. Es werde den gegenwärtigen Schwierigkeiten mit derselben Tapferkeit gegenüberstehen. Es könne sie bezahllen, wenn die Einkünfte unter allen Umständen fortbestehen.

Nach einer weiteren Hausansammlung sagte Lloyd George noch, er glaube, daß die deutsche Mark ein wenig tiefer stehe, als es sein dürfte. Wenn er die Entscheidungslage festgelegt sei, werde die Mark etwas weniger sinken.

Die Rede Lloyd Georges in Birmingham bezeichnet der Welt Pariser als die beste Antwort, die man von den englischen Freunden auf die Erklärungen Dr. Simons habe erwarten können. Man müsse sich wirklich fragen, ob die Räte, die für den Angriff von 1914 verantwortlich ist, nicht durch den Mund des brit. Außenministers gesprochen habe, als er erklärte, er nehme nicht nur das Pariser Abkommen nicht an, sondern betrachte es auch nicht als Verhandlungsbasis. In diese Räte der preussischen Junker hätten sich ganz besonders die Brüdungen des englischen Premierministers eingeschrieben.

Nach dem Welt Journal hat Lloyd George bemerkt, daß die Entscheidung von Paris gerät, in einem Ausmaß, daß sie zu katastrophischen Ergebnissen führen könnten und daß es endlich, daß sie die alliierten Länder vor einer neuen Offensive auf wirtschaftlichem Gebiet und vor einer Ueberflutung mit deutschem „Schand“ bewahren, nicht die Zahlungs-möglichkeiten Deutschlands überdritten.

Demokratische Proteste gegen die Pariser Beschlüsse.

Die ungeheure Erregung, die sich Deutschlands wegen der ebenso ungerechten wie wirtschaftlich tödlichen Entschuldigungsbedingungen der Entente bemächtigt hat, findet ihren Niederschlag in zahllosen Protesten, die vor Organisations- und demokratischen Parteien bei der Geschäftsstelle eingebracht. Neben der Empörung über die Entschuldigungsbedingungen wird die Einheitstrennung des ganzen deutschen Volkes gegen die Verleugung, es zur Sklaverei zu verdammen, verlangt. Der Wahlkreisverband Westfalen-Nord der Demokratischen Partei hat an den Reichspräsidenten ein Telegramm geschickt, in dem er ihn bittet, in einem Ausmaß, daß das deutsche Volk zur Einleitung aller Parteikämpfe aufzufordern, auch für die bevorstehenden Wahlen durch Aufhebung von Einheitslisten unter Beteiligung aller Parteien. Dazu ist es, nachdem die Parteien ihre Kandidaten aufgestellt haben, jetzt zu spät. „Namen, die bei dem System der Wahlenwahl werden ein solcher Verstoß nur zu einer heillosen Verwirrung führen. Es genügt und muß jetzt genügen, daß das deutsche Volk sich darüber klar wird, daß bei allem Kampf der Weltanschauung im Innern nach außen die Einheit besteht. Der Ruf der Partei ist: Wählt demokratisch! Die demokratische Partei wird die erste sein, bei der Wahlen alle Schritte zu vermeiden und sei aller Herausarbeitung der laßlichen Gegenstände die Form zu wählen und verlässlich Angriffe zu vermeiden. Es wird in den Führern der anderen Parteien liegen, ob sich diese Absicht verwirklichen läßt.

Das militärische Kräfteverhältnis vor Ausbruch des Weltkrieges.

Der erste Unterwieschluß des parlamentarischen Unterwieschlußschusses, der die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges zu prüfen hat, hat in seiner letzten Sitzung folgende Entschuldigungsgehalt:

1. Der Ausbruch geht von der Auffassung aus, daß die politischen Handlungen, die den Ausbruch des Weltkrieges herbeiführen oder zu verhindern geeignet waren davon beeinflusst wurden, wie ihre Urheber die militärischen Kräfte der einzelnen Staaten vertrieben. Es besteht vielfach die Auffassung, die Weltmächte hätten bei Kriegsausbruch ein erdrückende militärische Überlegenheit besessen. Der Ausbruch erfolgt deshalb eine die politischen Entscheidungen vorberühende Aufgabe darin, die militärischen Kräfteverhältnisse der europäischen Staaten, zwischen denen der Krieg ausbrach, festzustellen.

2. Der Ausbruch hat auf Grund eingehender Prüfung der militärischen Kräfteverhältnisse Europas im Jahre 1914, wobei er auch die operativen Möglichkeiten der beiden hauptsächlichsten Bundesgruppen berücksichtigt, festgestellt, daß die verbündeten Mächte, Rußland und Frankreich, den Mittelmächten mit militärischer Überlegenheit gegenüberstanden.

3. Der Ausbruch hat die Frage, wie der deutsche Generalstab die militärische Gesamtlage im Jahre 1914 beurteilt, und ob sich die politische Leitung über den militärischen Stand der Dinge genügend unterrichtet, sowie insbesondere, ob die Regierung sich über die politische Verantwortung der deutschen Operationspläne so hinreichend Rechenschaft gab, nicht für gelöst, und beschließt die Frage zum Gegenstand einer weiteren Prüfung zu machen. Aus der im Bericht beigefügten Uebersichtstabelle ersehen wir, daß die Friedensstärke Deutschlands nach den Berechnungen des französischen

